

Ansgar Schmitz-Veltin

Lebensbedingungen im demographischen Wandel

**Konsequenzen von Alterung und Schrumpfung für Bildungschancen und
medizinische Versorgung in ländlichen Räumen**

Living conditions in the demographic change

*Consequences of ageing and shrinking for educational opportunities and
medical care in rural regions*

Kurzfassung

Jahrzehntelang bestimmte das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Regionalentwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Heute ist die Anpassung der Lebensbedingungen in Stadt und Land weitgehend vollzogen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mehren sich jedoch die Anzeichen, dass mit dem bevorstehenden Rückbau der Infrastrukturen eine neuerliche Benachteiligung ländlicher Wohnorte einhergeht. Am Beispiel von Bildungsinfrastruktur und medizinischer Versorgung in ländlichen Regionen werden die möglichen Konsequenzen der Entwicklung betrachtet.

Abstract

For decades the regional development of the Federal Republic of Germany based on the goal of equality of living conditions. Today the adjustment of living conditions in urban and rural areas is mainly fulfilled. Nevertheless, the demographic change, the ageing and shrinking of the population, results in a dismantling of infrastructures in weak populated regions and leads so to a new disadvantage of rural residences. At the example of educational infrastructure and medical care in rural regions the possible consequences of this development are examined.

1 Einleitung

Aktuelle Prognosen sagen für die Bundesrepublik Deutschland eine zunehmende Differenzierung der regionalen Bevölkerungsentwicklung voraus. Während wachstumsstarke verstädterte Räume und Agglomerationen eine fortschreitende Einwohnerzunahme verzeichnen können, wird für ländliche Regionen – insbesondere für periphere – ein Rückgang der Bevölkerung erwartet. Volkswirtschaftliche Konsequenzen von Alterung und Schrumpfung, wie sie in den Überlegungen zur Reform des Gesundheits- und Rentensystems zum Ausdruck kommen, Nachfragerückgänge auf den Wohnungsmärkten, Schließungen von Versorgungsinfrastrukturen und Schulen, Entdichtung oder gar Entleerung ganzer Landstriche sind nur einige Stichworte

für die vielfältigen, regional differenzierten Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Vor allem auf dem Land resultiert aus dem schrumpfungsbedingten Nachfragerückgang nach Gütern und Dienstleistungen die Frage, inwieweit Versorgungsinfrastrukturen auch weiterhin aufrechterhalten werden können. Dabei geht es grundlegend auch darum, in welchem Maße die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für die Erhaltung des Lebensstandards notwendig ist. Schließlich wird die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Grundgesetz gefordert (§ 72, Abs. 2 GG) und ist sie eine der wesentlichen Grundsätze der deutschen Raumordnung (§ 1 Abs. 2 ROG).

Im Spätsommer 2004 stieß der damals frisch gewählte Bundespräsident Horst Köhler eine Diskussion über eben diese bislang als unumstößlich betrachtete Grundfeste der deutschen Regionalentwicklung an, als er in einem Interview der Wochenzeitschrift Focus darauf hinwies, dass sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland trotz aller Anstrengungen auch weiterhin unterscheiden werden (Krumrey/Markwort 2004). Die mit der deutschen Wiedervereinigung hoch gehängten Erwartungen an blühende Landschaften im Osten, die denen im Westen um nichts nachstehen sollten, seien eine Illusion, und die aktuellen Entwicklungen ließen erkennen, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse immer schwerer zu verwirklichen sei. Und zum Jahrestag der Deutschen Einheit 2005 wiederholte Köhler, dass es „zur Ehrlichkeit gehört, den Menschen zu sagen, dass nicht überall in Deutschland die gleichen Lebensbedingungen geschaffen werden können. Zukunftsträchtige Technologiestandorte kann es nicht überall geben. Das war schon immer so. Es ist richtig, wenn der Staat seine knappen Fördermittel nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern auf Wachstumszentren konzentriert“ (Köhler 2005).

Der vorliegende Beitrag möchte die Diskussionen zu den Einflüssen des demographischen Wandels und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse miteinander verbinden und aufzeigen, welche Folgen Bevölkerungsrückgang, geringere Einwohnerdichte und Alterung auf die Chancen der Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse haben. Dabei soll weniger eine Differenzierung zwischen Ost und West im Vordergrund stehen als vielmehr der Frage nachgegangen werden, welche Konsequenzen sich aus den beschriebenen Entwicklungen für ländliche Räume und für das Verhältnis von Stadt und Land ableiten lassen.

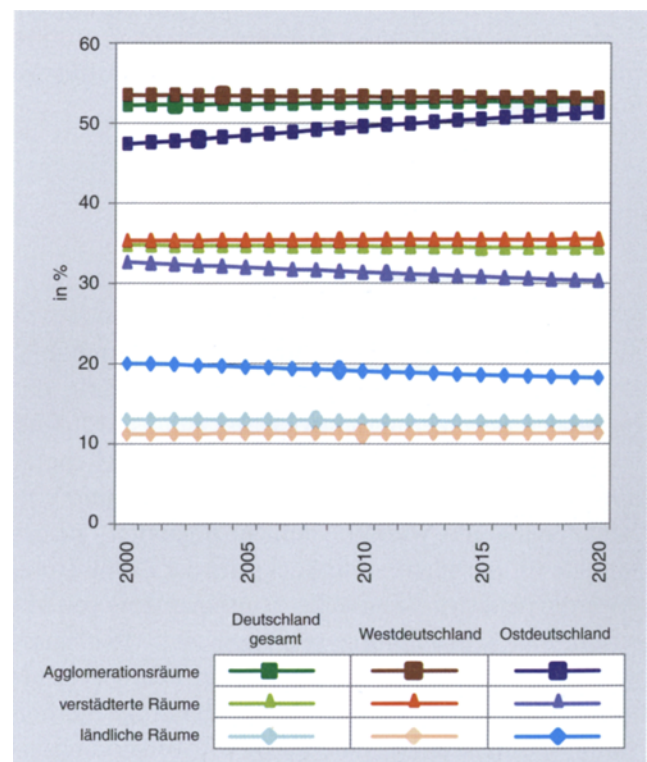
Die historische Betrachtung zeigt, dass sich die Lebensbedingungen in Stadt und Land – regional betrachtet – zunehmend angepasst haben und der starre Gegensatz zugunsten eines Kontinuums mit zwei Polen gewichen ist. Vor dem Hintergrund der aktuell zu beobachtenden demographischen Veränderungen wird jedoch deutlich, dass sich das Leben auf dem Land und in der Stadt wieder differenziert, vor allem aufgrund der Unterschiede beim Zugang zu Versorgungseinrichtungen. So führt der demographische Wandel mit seinen vielfältigen räumlichen Wirkungen zu einer Differenzierung der Lebensverhältnisse und schließlich dazu, dass das Ziel der Gleichwertigkeit neu diskutiert werden muss. Kann eine Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse auch bei ungleichen Bevölkerungsentwicklungen aufrechterhalten werden?

2 Das Ländliche als räumliche Kategorie

Deutschland ist wie die meisten Staaten Mitteleuropas ein verstädtertes Land. Der überwiegende Anteil der Bevölkerung lebt in Städten und Agglomerationen, in ländlichen Räumen sind es nur noch zwischen 12 % und 15 %. Für die nahe Zukunft wird in den ostdeutschen ländlichen Regionen ein weiterer Bevölkerungsrückgang erwartet, während die ländlichen Räume in Westdeutschland zunächst ihr heutiges Niveau wahren können (vgl. Abb. 1). Die Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2003) verweist jedoch darauf, dass der ländliche Bevölkerungsanteil in Ostdeutschland auch 2020 noch wesentlich höher sein wird als im Westen.

Die alleinige Betrachtung der Bevölkerungszahlen wird der Bedeutung ländlicher Regionen jedoch nicht gerecht. Der verbreitete Ansatz, diese als Restkategorie, als Nicht-Städte in einem urbanisierten Land ausschließlich negativ zu definieren, verkennt, dass ländlichen Räumen unabhängig von ihrer Einwohnerzahl wichtige Aufgaben als Ausgleichs-, Erholungs- und Produktionsstandorten zukommen (vgl. Irmen/Blach 1996). Und schließlich unterscheiden sich Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen heute oftmals nicht mehr

Abbildung 1
Entwicklung der Einwohneranteile in den Regionstypen des BBR 2000–2020



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2003

grundlegend zwischen Stadt und Land. Durch das Vordringen städtischer Lebens- und Arbeitsweisen auch in abgelegene Gebiete wird die Abgrenzung ländlicher Räume gegenüber der Stadt zunehmend erschwert. Aber nicht nur der Übergang zwischen Stadt und Land erfordert eine Neudefinition. Daneben haben die komplexen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte dazu geführt, dass auch die Kategorie des „ländlichen Raums“ an sich einer Neubestimmung bedarf.

2.1 Ländliche Gesellschaften und Lebensverhältnisse im Wandel

Die Gesellschaftstheoretiker der vergangenen Jahrhunderte sahen in der Bildung der bürgerlichen Gesellschaft – zunächst als Industrie-, später als Dienstleistungsgesellschaft – zumeist eine evolutionäre Entwicklung. Dabei stellte die moderne städtische, arbeitsteilige Gesellschaft nicht selten eine Weiterentwicklung oder gar Überwindung der vormodernen ländlichen, traditionellen Gemeinschaft dar. Bei Durkheim (1893) kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck, da er zur Unterscheidung von vormodernen und modernen Gesellschaften die Begriffe einfache und höhere Gesellschaften gebraucht. Dass dabei moderne Gesellschaften aufgrund der ihnen eigenen höheren Arbeitsteilung und internen Spezialisierung als Industriegesellschaften definiert wurden, hat dazu geführt, dass das Bild ländlicher Gesellschaftsformen seit der Aufklärung und vermehrt in der Industrialisierung negativ belegt wurde (vgl. auch Schrader 2001, S. 15 ff.).

Das Leben auf dem Lande wurde zunehmend als unmodern, rückständig, dreckig und anstrengend angesehen und abgelehnt. Und auch die vor allem aus Land- und Forstwirtschaft bestehenden ländlichen Wirtschaftsformen bekamen so ein schlechteres Image (Ipsen 1992, S. 118 f.). Aufkommende neue Berufsfelder, Bürotätigkeiten und Arbeiten in modernen Industrieanlagen waren schwerpunktmäßig in den Städten konzentriert, was dazu führte, dass vor allem diese zu den bevorzugten Arbeitsorten wurden. Bis nach dem 2. Weltkrieg waren viele ländliche Siedlungen noch dörflich geprägt, waren Land- und Forstwirtschaft die hauptsächliche Einnahmequelle der Bewohner und prägten ihr Sozialleben ebenso wie ihre Werte und Normen.

Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat der sozioökonomische Wandel zu einer Überformung ländlicher Siedlungen durch städtische Lebensweisen geführt, haben der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft und die steigende Abhängigkeit vom sekundären und tertiären Sektor zunehmend Veränderungen

der Lebensbedingungen gebracht und das Leben in Stadt und Land einander immer weiter angeglichen (Hainz 1999, S. 47 ff.; Kluge 2005, S. 39 ff.). Gesetzliche Neuerungen führten auch auf dem Land zu geregelten Arbeitszeiten, Urlaubsansprüchen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und einem Nachlassen formaler Unterschiede zur Stadt.

Ausgehend vom Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse wurde in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren unter dem Schlagwort der Parität eine intensive Diskussion um die Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung zur Industriegesellschaft geführt. Das 1965 erstmalig beschlossene Raumordnungsgesetz folgte in seiner Argumentation stark dem damals im Vordergrund stehenden Ausgleichsziel (Stier 2001, S. 454 f.). Es folgten infrastrukturelle Aufwertungsmaßnahmen auch in abgelegenen Dörfern, und zusammen mit wachsendem Wohlstand, zunehmender individueller Mobilität und der besseren Verkehrserschließung entstanden im ländlichen Raum Alternativen zur Landwirtschaft. Zeitgleich unterlag diese selbst einem intensiven strukturellen Wandel, führten dort Mechanisierung und Betriebsvergrößerung zu einem Beschäftigtenrückgang, so dass immer mehr Menschen in die Städte oder zumindest die im Aufbau befindlichen ländlichen Zentren zogen, um hier eine Anstellung außerhalb der traditionellen dörflichen Arbeitswelt zu finden. So entwickelten sich die Dörfer zu Wohnorten für Menschen, die überwiegend im sekundären und tertiären Sektor arbeiteten (Stier 2001, S. 453). Gleichzeitig wanderten immer mehr Menschen aus den Kernstädten in die Dörfer ab, was dort zu steigenden Bevölkerungszahlen und einer weiteren Überformung der sich ohnehin durch infrastrukturellen Ausbau, Massenmedien und Verkehrsanbindung wandelnden ländlichen Lebensverhältnisse führte.

Diese Entwicklung zeigt sich exemplarisch an den Einwohnerzahlen ländlicher Gemeinden. Nach dem 2. Weltkrieg war die Bevölkerungsentwicklung in der Regel – mit Ausnahme von Zuwächsen durch Flüchtlinge – durch stagnierende bis abnehmende Trends gekennzeichnet. Die Diskussion um „sterbende Dörfer“ beschreibt die damalige Situation, in der aufstrebende Städte bäuerlichen, traditionellen und für die Jugend unattraktiven Dörfern gegenüberstanden. Erst im Zuge der immer weiter ins Umland der Städte übergreifenden Suburbanisierung stieg die Zahl der Einwohner wieder, seit Mitte der 1980er Jahren erstmals auch in peripher gelegenen Räumen (Becker 1997, S. 47). Angetrieben von dem allgemeinen Wunsch nach einem eigenen Haus und einem „ländlichen Lebensumfeld“ entstanden in dieser Zeit in vielen ländlichen Gemein-

den bedeutsame Neubaugebiete (Johaentges 1996, S. 19 f.). Inzwischen sind die allermeisten Orte im ländlichen Raum durch vergleichsweise hohe Zuwandereranteile gekennzeichnet; selbst in abgelegenen Dörfern finden sich kaum Gemeinden oder Gemeindeteile, in denen die Mehrheit der Einwohner am Ort geboren wurde (Becker 1997, S. 48 f.). Stellten anfangs – zwischen Mitte der 1980er Jahre und 1995 – junge Familien mit Kindern das Gros der Zuwanderer, so zogen später immer mehr auch junge kinderlose Paare und unternehmungsfreudige Rentner von den Städten bis weit in das Umland (Heitkamp 2002).

Inzwischen, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sind Dorf und Landwirtschaft zu zwei unterschiedlichen Größen geworden (Kluge 2005, S. 57), heißt ländliches Leben nicht länger bäuerliches Leben und ist die Abgrenzung gegenüber städtischen Lebensformen oft kaum noch möglich. Auch auf dem Land ist aus dem „ganzen Haus“, der Einheit von Arbeits-, Wohn- und Freizeitstätte (vgl. Brunner 1956), ein Einfamilienhaus, eine Doppelhaushälfte oder ein Appartement geworden. „Das von bäuerlicher Betriebsamkeit bestimmte Dorf existiert nur noch in der Erinnerung. [...] Der Anteil der bäuerlichen Gesellschaft an der Gesamtheit der Dorfbewohner schrumpft. An den Ortsrändern entstanden Eigenheime von dörflichen Neubürgern, gewerbliche Betriebsgebäude (mit einer ortsfremden Belegschaft) und Parkplätze (für Besucher des Fußballplatzes und der örtlichen Diskothek)“ (Kluge 2005, S. 57 f.). Während Landleben früher eine bestimmte Gesellschaftsform meinte, also bestimmte Erwerbsstrukturen oder kulturelle Abgrenzungen gegenüber der Stadt, beinhaltet der Begriff heute nicht viel mehr als eine räumliche Verortung des Lebens. Das Land ist immer mehr reine Kulisse, formt kaum noch das „Landleben“.

2.2 „Das Land“ und „die Stadt“

Mit dem Vordringen städtischer Lebensformen in die ländlichen Gemeinden entstand eine zunehmende innere Differenzierung der Kategorie „Land“. Lag in der Vergangenheit im Wohnort eine bedeutende Erklärungskraft für die jeweilige Lebensform, so differenzieren sich heute die Lebensformen in Stadt wie Land; der Versuch, eine einheitliche ländliche Lebensweise räumlich zu verorten, ist angesichts der allorts vorfindbaren Vielfalt der Lebensstile zum Scheitern verurteilt.

Tabelle 1 zeigt die Bedeutung der drei Wirtschaftssektoren für die Beschäftigung in den unterschiedlichen Kreistypen, wie sie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) definiert hat. Dabei sind neben dem Durchschnitt auch die maximalen und minimalen

Werte angegeben. Diese verdeutlichen die starken Schwankungen innerhalb der einzelnen Typen und belegen, dass deren scharfe Trennung nicht immer möglich ist. So ist die hohe Bedeutung des tertiären und die vergleichbar geringe des primären Sektors in allen Kreistypen zu beobachten.

Allerdings zeigen die Daten auch, dass sich die Gegensätze zwischen Stadt und Land nicht gänzlich aufgelöst haben. Nach wie vor ist die Bedeutung der Landwirtschaft in ländlichen Regionen höher als in städtischen und die Wirtschaftskraft geringer (Tab. 1, 2). Auch belegen Untersuchungen zu Werten und Einstellungsmustern durchaus signifikante Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen. So weisen etwa Hermann und Leuthold (2002) für die Schweiz darauf hin, dass sich Stadt-Land-Cleavages zwar zunehmend verändern, insgesamt jedoch keineswegs ihre Bedeutung verlieren. Allerdings manifestiert sich „der Wandel der politischen Landschaft und ihrer Cleavages [...] nicht nur zwischen Stadt und Umland, sondern auch innerhalb der Stadt“ (ebda., S. 13 f.). Ähnliches gilt für ländliche Räume, die sich in ihrer Gesamtheit zwar von städtischen Räumen unterscheiden mögen, deren innere Differenzierung jedoch wesentlich größer ist.

An den in Tabelle 3 dargestellten Zusammenhängen zwischen politischen Einstellungen und Strukturdaten von ländlichen Räumen kann exemplarisch dargelegt werden, dass auch hinsichtlich der Parteipräferenzen Unterschiede je nach Siedlungsdichte bestehen. Die Zahlen belegen zum einen, dass CDU und CSU nach wie vor in dünn besiedelten landwirtschaftlichen Bereichen ihre Hochburgen haben, wohingegen die Grünen von einer eher urbanen Wählerschaft getragen werden. Die Berücksichtigung der Betriebsgröße zeigt zudem, dass eine große Bedeutung der Landwirtschaft nicht in allen Regionen hohe Stimmenanteile für die Unionsparteien bedeutet. CDU/CSU sind vor allem in jenen westdeutschen ländlichen Regionen stark, die durch kleine landwirtschaftliche Betriebe gekennzeichnet sind, während in den durch Großbetriebe gekennzeichneten Wahlkreisen Ostdeutschlands hohe Anteile an PDS-Wählern (Die Linke) zu beobachten sind.

Dies kann als weiterer Hinweis dafür gelten, dass ländliche Räume heterogen strukturiert sind und die Bewohner ländlicher Gemeinden in ihren Werten und Einstellungen große Unterschiede aufweisen. Untersuchungen in ländlichen Gemeinden des Saarlandes belegen darüber hinaus, dass diese sich auch hinsichtlich ihrer Bevölkerungsstruktur zum Teil deutlich voneinander unterscheiden (Gans/Schmitz-Veltin 2005). Insgesamt existieren so nicht nur verschiedene ländliche Räume, sondern innerhalb dieser auch differenzierte Gesellschaftsstrukturen – was wiederum als eine

Tabelle 1
Beschäftigungsanteile in den Kreistypen des BBR

Regionstypen	Kreistypen	Anteil in % der Beschäftigten 2002 im								
		primären Sektor			sekundären Sektor			tertiären Sektor		
		gesamt	min.	max.	gesamt	min.	max.	gesamt	min.	max.
Westdeutschland										
Agglomerations- räume	Kernstadt	0,4	0,2	1,2	26,4	13,9	58,5	73,2	41,1	85,9
	hochverdichtete Kreise	0,9	0,5	3,4	39,2	19,6	57,6	59,9	41,9	79,8
	verdichtete Kreise	1,4	0,5	4,1	37,2	25,5	54,9	61,4	44,1	72,4
	ländliche Kreise	1,7	0,8	2,6	36,2	28,3	47,4	62,1	51,9	70,3
Verstädterte Räume	Kernstadt	0,4	0,1	1,0	29,9	17,8	67,0	69,7	32,6	81,6
	verdichtete Kreise	1,1	0,4	2,4	43,1	26,0	64,8	55,8	34,8	73,0
	ländliche Kreise	1,7	0,6	8,0	45,0	24,0	61,6	53,4	37,7	73,9
Ländliche Räume	Kreise höherer Dichte	1,1	0,5	2,2	40,1	25,8	55,7	58,8	43,8	72,2
	Kreise geringerer Dichte	1,5	0,7	3,5	42,3	18,9	73,4	56,2	25,9	78,9
Ostdeutschland										
Agglomerations- räume	Kernstadt	0,5	0,3	0,7	19,4	10,5	23,5	80,1	75,8	89,0
	hochverdichtete Kreise	2,7	2,1	3,6	41,8	41,7	41,9	55,5	54,4	56,2
	verdichtete Kreise	4,0	3,2	5,7	38,5	33,1	44,0	57,5	52,6	63,2
	ländliche Kreise	3,9	2,5	7,1	29,4	24,7	35,2	66,7	59,3	72,2
Verstädterte Räume	Kernstadt	0,6	0,3	1,4	19,4	14,4	33,7	80,0	66,0	84,9
	verdichtete Kreise	3,4	2,4	6,3	35,2	25,2	41,7	61,4	52,1	71,2
	ländliche Kreise	4,4	2,5	6,9	35,5	23,3	45,2	60,1	48,2	72,6
Ländliche Räume	Kreise höherer Dichte	2,7	1,5	6,6	33,8	25,0	49,1	63,5	49,3	72,5
	Kreise geringerer Dichte	5,9	3,6	10,6	27,8	15,4	44,6	66,3	50,5	80,7

Tabelle 2
Kennzahlen für die Kreistypen des BBR

Regionstypen	Kreistypen	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2002			Pkw-Dichte 2002 (Pkw je 1 000 Einwohner)			Pendlersaldo 2002		
		gesamt	min.	max.	gesamt	min.	max.	gesamt	min.	max.
Westdeutschland										
Agglomerations- räume	Kernstadt	64,8	39,4	79,9	503	430	565	275	-155	526
	hochverdichtete Kreise	59,4	45,6	116,2	568	494	653	-155	-1 015	345
	verdichtete Kreise	54,5	46	68,3	600	541	747	-253	-784	61
	ländliche Kreise	52	44,8	64,1	578	563	603	-326	-738	-213
Verstädterte Räume	Kernstadt	56,6	48,1	84,3	509	419	746	353	190	528
	verdichtete Kreise	52,1	46,5	61,6	566	501	762	-133	-866	167
	ländliche Kreise	50,1	42,1	62,9	575	525	647	-196	-995	50
Ländliche Räume	Kreise höherer Dichte	52	44,9	67,3	566	532	615	-41	-252	128
	Kreise geringerer Dichte	49,7	42,8	67,5	684	548	644	-116	-417	206
Ostdeutschland										
Agglomerations- räume	Kernstadt	47,2	38,2	50,3	385	364	515	120	71	233
	hochverdichtete Kreise	39,8	37,4	41,1	557	556	557	-233	-295	-141
	verdichtete Kreise	37,8	31	42,3	551	532	579	-221	-271	-105
	ländliche Kreise	43,5	38,4	49,7	548	533	578	-257	-397	-91
Verstädterte Räume	Kernstadt	42,2	39,8	49	446	399	524	226	64	318
	verdichtete Kreise	39,1	34,7	51,8	542	490	578	-180	-476	-31
	ländliche Kreise	41,3	35,8	48,6	550	509	600	-251	-491	-146
Ländliche Räume	Kreise höherer Dichte	40,3	35,4	43,8	525	487	569	-124	-414	9
	Kreise geringerer Dichte	40	35,7	49,6	535	500	591	-184	-488	32

Quelle für Tabelle 1 und 2: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005

Tabelle 3
Einflussgrößen auf die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005

Partei	Bevölkerungsdichte (Einwohner in km ²)	Landwirtschaftliche Betriebe je 1 000 Einwohner	Durchschnittliche Betriebsgröße (Hektar/Betrieb)	Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft
SPD	0,196	-0,355	-0,089	-0,178
CDU/CSU	-0,396	0,731	0,402	-0,163
Grüne	0,615	-0,281	-0,439	-0,525
FDP	-0,060	0,007	-0,391	0,263
Die Linke	0,029	-0,376	0,775	0,586

Korrelation (Pearson) zwischen Stimmenanteil der Partei und Einflussgröße auf Wahlkreisebene (N=299)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 a

Angleichung von Stadt und Land verstanden werden kann, da gesellschaftliche Heterogenität nicht weiterhin ein ausschließliches Merkmal der Stadt darstellt.

So ist es notwendig, sich von dem einheitlichen Begriff „ländlicher Raum“ zu verabschieden und nach geeigneten Kategorien für die Analyse ländlicher Räume zu suchen. Dabei scheint eine siedlungsstrukturelle Betrachtung auf Basis von Maßzahlen zur Bevölkerungsdichte und Zentralität, wie sie der Einteilung des BBR zugrunde liegt (vgl. Abb. 1, Tab. 1, Tab. 2), nicht für alle Fragestellungen ausreichend zu differenzieren. Auch die Bildung einer eigenständigen Kategorie für die am dünnsten besiedelten Räume Ostdeutschlands, wie sie Weiß (2002) vorschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ländliche Räume zu vielfältig sind, um sie anhand weniger Dimensionen zu kategorisieren. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Definitionsansätzen (vgl. z. B. Irmen/Blach 1996; Grammatikopoulou 2004, S. 71). Im vorliegenden Rahmen soll jedoch der Hinweis genügen, dass es gilt, sich stets der Vielfalt ländlicher Regionen bewusst zu sein, wenn man deren demographischen Wandel betrachtet.

3 Schrumpfung und Alterung in ländlichen Räumen

Trotz der weit gehenden Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land muss vor dem Hintergrund der aktuellen demographischen Entwicklung die Frage gestellt werden, ob und inwieweit in den Regionen Deutschlands auch in Zukunft gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen können. Fragt man nach den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels und unterscheidet als räumliche Kategorien ländliche von städtischen Regionen, wirken manche Unterschiede zwischen diesen sehr präsent. In der Tat sind die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs (vgl. z. B. Acocella 2005), die Verkehrsinfrastrukturen (vgl. z. B. Scheiner 2006) oder die Preise für Bauland (vgl. z. B. Spiegel 2004; Waltersbacher 2006) zwischen Stadt und Land trotz der erreichten Angleichungen sehr unterschiedlich. In Folge der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung (vgl. Schlömer 2004) ist zu erwarten, dass sich diese Unterschiede weiter verstärken und zunehmend kleinräumiger verlaufen.

Während sich städtische und ländliche Lebensmuster in vielen Bereichen im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zunehmend angepasst haben und ländliches Leben längst nicht mehr Abgeschiedenheit und Selbstversorgung heißt, formen der demographische Wandel und seine räumlichen Konsequenzen neue Unterschiede in der Lebensführung. Denn die Angleichung der

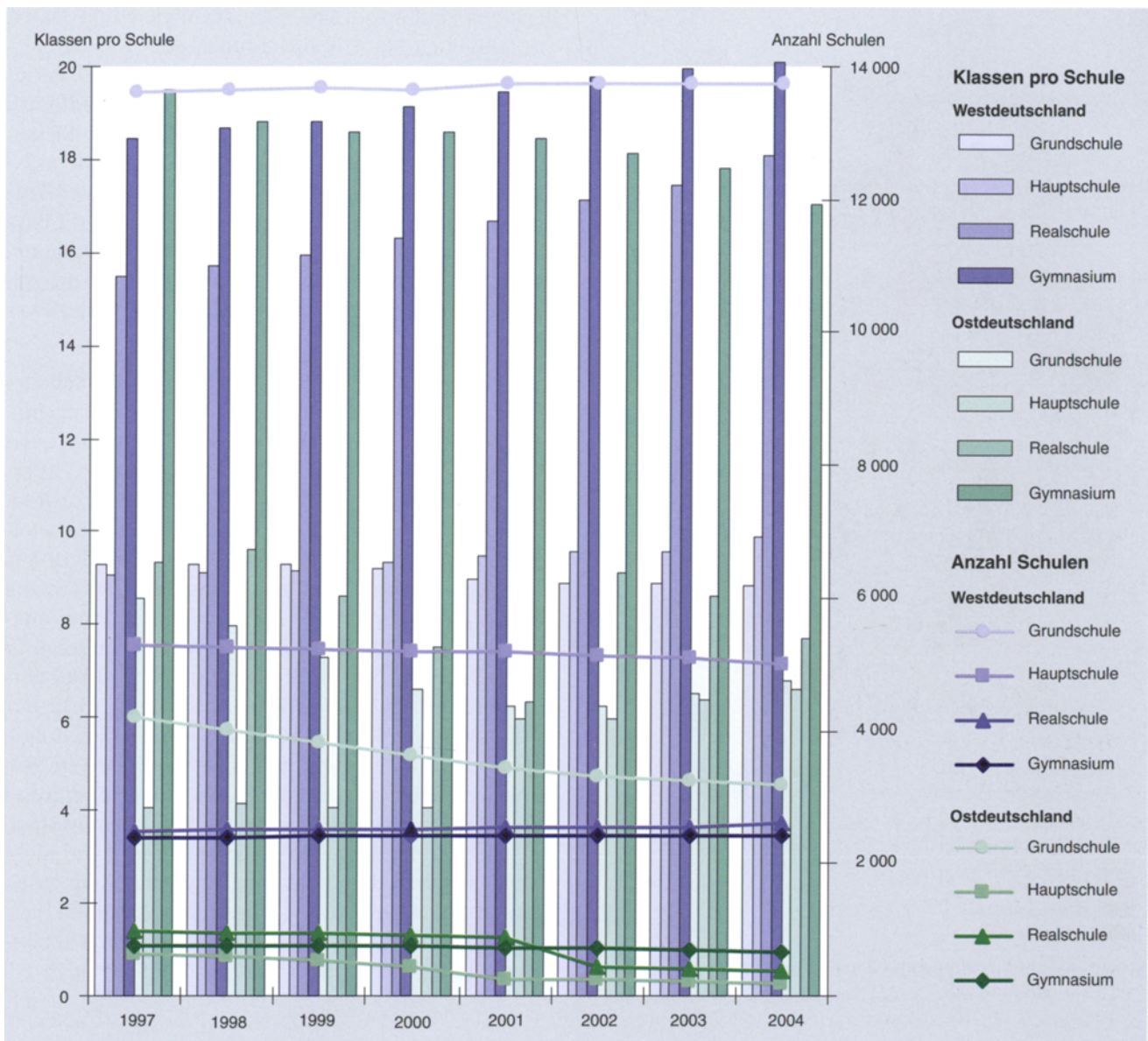
Lebensverhältnisse seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland beruhte im Wesentlichen auf einer deutlichen Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung ländlicher Regionen. Die aktuellen demographischen Veränderungen stellen jedoch gerade diese in Frage. Ein Rückbau der Infrastruktur, wie er aufgrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen seit einigen Jahren zu beobachten ist, trifft gerade jene neuen ländlichen Lebensmuster, die mit den agrarischen Wurzeln des Ländlichen wenig zu haben. So positiv die Entkoppelung von ländlichen Wohnstandorten und bäuerlichen Erwerbsstrukturen auch interpretiert werden kann, so sehr muss auch gesehen werden, dass dadurch die Bewohner ländlicher Gemeinden heute genauso auf eine gute infrastrukturelle Versorgung angewiesen sind wie die der Städte.

3.1 Schulstandorte in ländlichen Räumen – Folgen der rückläufigen Bevölkerungszahl

Die seit den 1980er Jahren rückläufigen Kinderzahlen haben dazu geführt, dass eine Vielzahl von Schulen bereits heute nicht mehr ausgelastet ist. Besonders in ländlichen Räumen führt dies zur Schließung von Standorten und somit dazu, dass die Schulwege immer länger werden. Abbildung 2 macht deutlich, dass die Standortkonzentration nicht alle Schularten und Regionen gleichermaßen betrifft. In den letzten Jahren waren Konzentrationstendenzen vor allem an den Realschulen und Gymnasien Westdeutschlands zu beobachten. In ostdeutschen Gymnasien nahm die durchschnittliche Klassenzahl je Schule dagegen deutlich ab.

Dass sich die Schulstandortnetze in West und Ost deutlich unterscheiden, belegen auch Zahlen zu den durchschnittlichen Einzugsbereichen nach Schularten. Durch den Ausbau des Bildungsangebots in ländlichen Regionen hat sich die Erreichbarkeit von Realschulen und Gymnasien in Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert und sind entsprechend im Mittel auch deren Einzugsbereiche erheblich kleiner geworden. Im Grundschulbereich verläuft die Tendenz jedoch gegenläufig: Dort haben sich die Einzugsbereiche seit den 1950er Jahren im Westen mehr als verdoppelt. Allerdings fallen sie mit 17,6 km² noch immer deutlich kleiner aus als im Osten, wo bei den Grundschulen Werte von über 30 km² erreicht werden (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2002).

Ebenso wie andere Infrastrukturen unterliegen auch Schulen den Folgen rückläufiger Nutzerzahlen und zunehmender Finanzierungsprobleme seitens der öffentlichen Hand. Die Schließung von Standorten kann dabei in ländlichen Räumen nicht in dem Maße durch

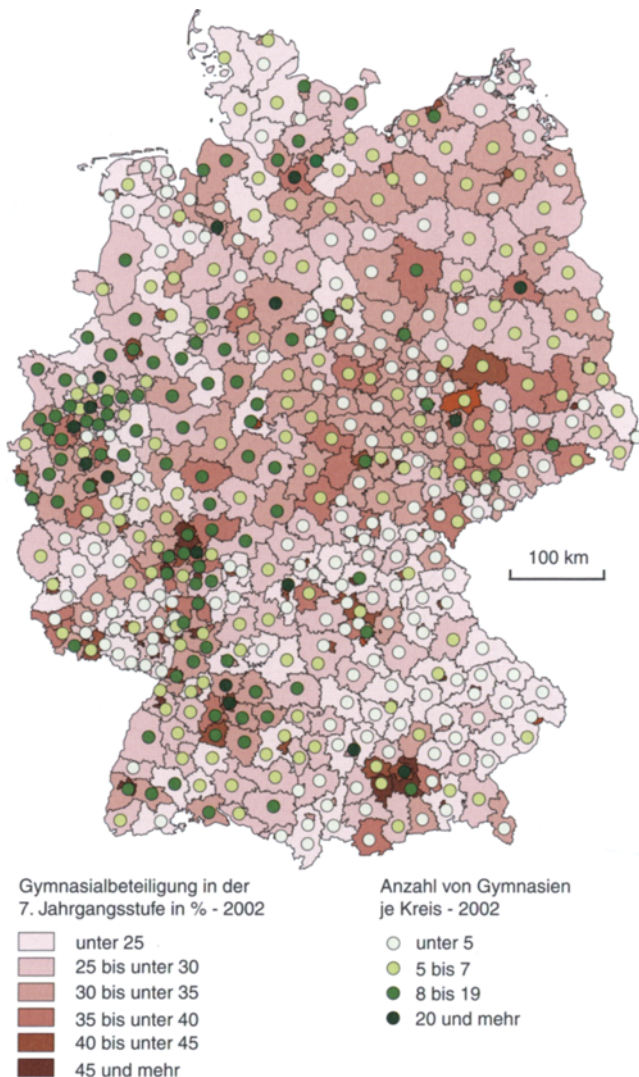
Abbildung 2
Anzahl Schulen und durchschnittliche Klassenanzahl je Schule nach Schularten – 1997 bis 2004


Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 b

Zusammenlegungen und Kooperationen aufgefangen werden, wie dies in dichter besiedelten Regionen möglich ist. Denn der Wegfall von Versorgungseinrichtungen führt dort zu weit längeren Anfahrtswegen für potenzielle Nachfrager. Dies mag als Einschränkung der Lebensqualität verstanden werden und damit erste Zweifel an der Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen aufkommen lassen. Am Beispiel der Bildungsinfrastruktur kann darüber hinaus veranschaulicht werden, dass die Ausdünnung des Angebots nicht nur längere Wege bedeutet, sondern in deren Folge auch die Bildungs- und Lebenschancen der betroffenen Bewohner verändert.

Während in einigen Bundesländern Schulstandorte im Primarschulbereich durch neue, den demographischen Bedingungen angepasste pädagogische Konzepte aufrechterhalten werden konnten (z. B. durch die Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts; vgl. Kocks 2005, S. 63 ff.), scheinen im Bereich der weiterführenden Schulen Konzentrationen auf zentrale Standorte unumgänglich (vgl. z. B. Back 2005). Dies wird allerdings nicht folgenlos bleiben: Abbildung 3 zeigt den Anteil der Gymnasiasten in der 7. Jahrgangsstufe an allen Schülern für die Kreise der Bundesrepublik Deutschland. Dabei fallen zunächst große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf, die insbesondere auf die verschiedenen Bildungsstandards

Abbildung 3
Anteil der Schüler an Gymnasien an allen Schülern – 2002



Quelle: eigene Darstellung und Berechnung nach Statistischem Bundesamt 2004

und Zugangshürden zurückzuführen sind. Aber auch die Differenzen zwischen städtischen und ländlichen Regionen sind augenscheinlich, wenngleich die Daten der amtlichen Statistik die gymnasialen Beteiligungsquoten nach Schulstandorten darstellen und somit die städtischen Landkreise und kreisfreien Städte mit ihrem großen Bildungsangebot gegenüber ländlichen Kreisen generell höhere Werte erreichen. Die Betrachtung der Gymnasialbeteiligung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen (Abb. 4) macht zudem deutlich, dass diese nicht nur in abgelegenen ländlichen Räumen, sondern auch in ländlichen Kreisen innerhalb der Agglomerationen und verstärkten Räume niedrige Werte annimmt.

Welche Bedeutung die Erreichbarkeit von Schulen für deren Inanspruchnahme hat, zeigen Fickermann, Schulzeck und Weishaupt (2002) am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern. Mit zunehmender Entfernung von Wohn- und Schulstandort sinkt dort, wie in anderen Bundesländern auch, die gymnasiale Beteiligungsquote. Dabei ist insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten zu beobachten, dass längere Schulwege abschreckend wirken, während höher qualifizierte Eltern für ihre Kinder längere Schulwege in Kauf nehmen. So weisen Kramer und Nutz (2006) darauf hin, dass ein dichtes Schulstandortnetz nicht nur ein infrastrukturelles Merkmal ist, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit im Bildungswesen. Entsprechend muss vor dem Hintergrund der aktuellen Schulschließungen befürchtet werden, dass sich die Lebensbedingungen auf dem Land nicht nur hinsichtlich der Versorgung mit infrastrukturellen Einrichtungen gegenüber städtischen Räumen verschlechtern, sondern auch bezüglich der davon abhängigen Bildungschancen.

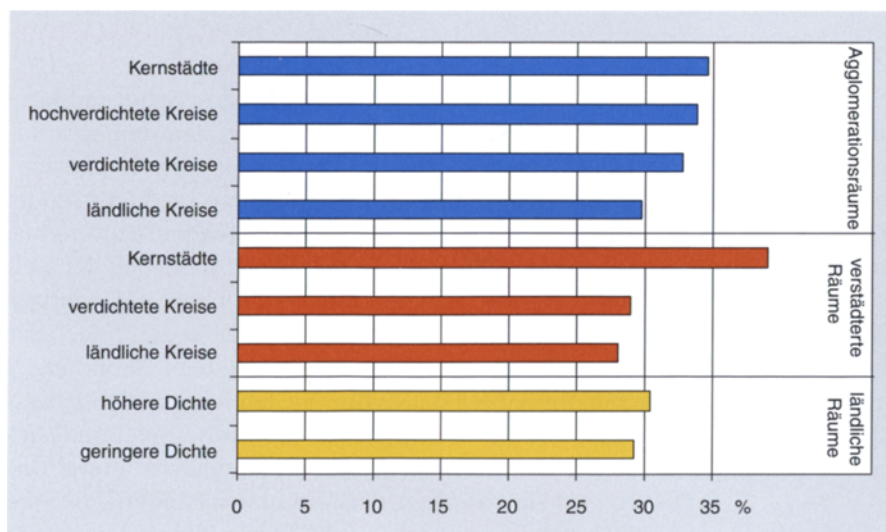


Abbildung 4
Gymnasialbeteiligung in der 7. Jahrgangsstufe nach Kreistypen – 2002

Quelle: eigene Darstellung und Berechnung nach Statistischem Bundesamt 2004

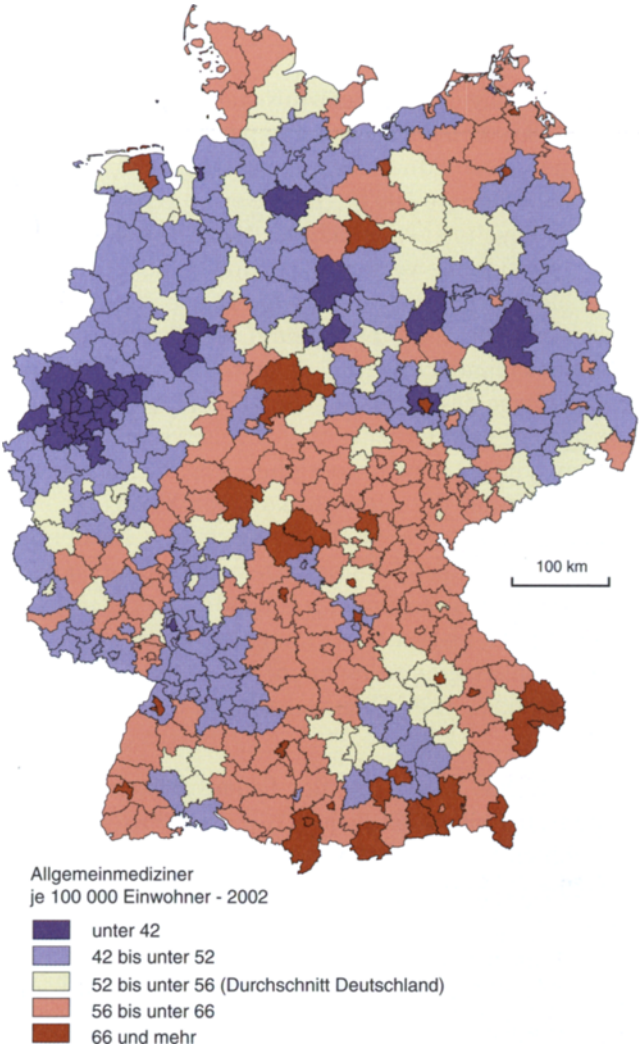
3.2 Medizinische Versorgung in ländlichen Räumen
– Folgen der Alterung

Neben der Schrumpfung ist es die fortschreitende Alterung, die gerade ländliche Räume vor neue Herausforderungen stellt. Insbesondere die Kombination aus rückläufigen Einwohnerzahlen und steigenden Anteilen älterer Menschen führt hinsichtlich der Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung zu teilweise gravierenden Problemen. Vor allem in Teilregionen Ostdeutschlands, beispielsweise im Bereich der Mecklenburgischen Seenplatte, sind die Konsequenzen schon heute absehbar.

Während insgesamt die Arztdichte je Einwohner vor allem in den Kernstädten der verstädterten Räume und Agglomerationen hohe Werte erreicht, ist die rechnerische Versorgung mit Allgemeinmedizinern in ländlichen Räumen häufig größer als in Städten (Abb. 5). Auffällig erscheint hier vor allem die überdurchschnittliche Versorgungssituation in den ländlichen Räumen Bayerns, Thüringens und Hessens im Vergleich zu den Ballungszentren und deren Umland, was zum Teil auch auf die räumlich differenzierte Bedarfsplanung des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen zurückzuführen ist. Die reine Zahl der Allgemeinmediziner in Bezug auf die Bevölkerungszahl verdeckt jedoch die tatsächliche, alltagsrelevante Versorgungssituation. Denn selbst bei ungünstigen Verhältnissen in den Agglomerationskernen ist davon auszugehen, dass hier die Entfernungen zum nächsten Arzt geringer sind als in ländlichen Regionen. Zudem haben Untersuchungen (z. B. Busch 2000; Kocks 2005, S. 74 ff.) gezeigt, dass die Versorgungsqualität große Gegensätze zwischen Städten und deren ländlichen Umländern aufweist und die in Abbildung 5 dargestellte Betrachtung auf Kreisebene die Realitäten gerade in flächenmäßig großen Landkreisen nicht richtig abbilden kann.

Die in Tabelle 4 gezeigte Entwicklung der Zahl der Ärzte zwischen 1995 und 2002 belegt zum einen eine wesentlich positivere Entwicklung in den westdeutschen

Abbildung 5
Allgemeinmedizinerdichte in den Kreisen – 2002



Quelle: eigene Darstellung nach Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005

als in den ostdeutschen Ländern, was auch auf die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen in den Teilräumen zurückzuführen ist. Sie zeigt zum anderen aber auch eine deutliche Verschiebung von Allgemein-

Tabelle 4
Entwicklung der Ärztezahlen zwischen 1995 und 2003 (in %)

Regionstypen	Kreistypen	Ostdeutschland		Westdeutschland		Deutschland gesamt	
		Ärzte gesamt	Allgemeinmediziner	Ärzte gesamt	Allgemeinmediziner	Ärzte gesamt	Allgemeinmediziner
Agglomerationsräume	Kernstadt	25,8	-8,8	30,3	-0,8	29,1	-3,0
	hochverdichtete Kreise	4,9	-7,8	21,0	2,6	20,8	2,4
	verdichtete Kreise	5,1	-10,2	25,1	2,5	21,1	-0,3
	ländliche Kreise	3,2	-8,7	22,4	3,2	11,0	-3,7
Verstädterte Räume	Kernstadt	13,5	-8,1	31,5	0,1	26,8	-2,4
	verdichtet Kreise	5,8	-7,8	23,8	2,0	21,2	0,5
	ländliche Kreise	2,6	-6,2	17,8	1,0	13,8	-0,8
Ländliche Räume	Kreise höherer Dichte	8,6	-5,9	18,5	-0,3	16,5	-1,5
	Kreise geringerer Dichte	3,7	-9,0	13,8	-1,0	8,8	-4,8

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006

medizinern zu Spezialisten. So hat die Anzahl der Ärzte insgesamt in allen betrachteten Raumkategorien zugenommen, während die der Allgemeinmediziner tendenziell rückläufig ist.

Untersuchungen zur medizinischen Versorgung deuten an, dass sich die Situation in peripheren ländlichen Regionen zwar aktuell als noch nicht dramatisch darstellt (Böck-Friese 2003). Doch weisen Entwicklungen auf der Angebots- wie auch der Nachfrageseite darauf hin, dass sich die Versorgung schon in naher Zukunft verschlechtern wird. So wird für Hausärzte eine Niederlassung in dünn besiedelten ländlichen Räumen Ostdeutschlands zunehmend unattraktiver – das negative Image des Berufs „Landarzt“ und die vergleichsweise niedrigen Verdienstmöglichkeiten scheinen nicht geeignet, junge Ärzte für periphere Regionen zu gewinnen. Aufgrund der Altersstruktur der Mediziner wird es so in den kommenden Jahren zu weit reichenden Praxisschließungen kommen. Dem gegenüber ist gerade in ländlichen Regionen jedoch mit einer deutlichen Alterung und insbesondere mit einer Zunahme der Anteile Hochbetagter zu rechnen, so dass die Nachfrage nach medizinischen Dienstleistungen tendenziell steigen wird.

Die erreichte Anpassung der Lebensverhältnisse und Lebensqualität an ländlichen Wohnstandorten wird so zunehmend durch gravierende Probleme der Unterversorgung in Frage gestellt. Da jüngere und mobile Bevölkerungsgruppen häufig mit Fortzügen auf schlechtere Versorgungsmöglichkeiten reagieren, besteht in den beschriebenen Regionen die Gefahr einer sich beschleunigenden Alterung (Segert/Zierke 2005, S. 76). Auch wenn aktuell ländliche Räume nicht generell geringere Lebenserwartungen aufweisen als städtische und diese stärker von sozio-ökonomischen Parametern und strukturellen Gegebenheiten beeinflusst werden (Walter/Schwartz 2000), lässt der deutliche Rückgang der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen durchaus die Frage zu, inwieweit sich dieser langfristig auf die Gesundheit und letztendlich Lebenserwartung der dort lebenden Bevölkerungsgruppen auswirkt.

4 Schlussfolgerung

In vielen Lebensbereichen ist der Gegensatz von Stadt und Land, wie er mit dem Aufkommen des Bürgertums und der Industrialisierung entstand, weitestgehend aufgehoben. Stärker als Siedlungsdichte, als „urbane“ oder „agrарische“ Lebensformen bestimmen heute Industrie und Dienstleistungen sowie öffentliche Infrastrukturen städtische wie ländliche Räume und differenzieren die jeweiligen Lebensbedingungen dort aus. So unterscheiden sich die Bewohner ländlicher

Regionen nicht mehr grundlegend von „Städtern“, was ihre Abhängigkeit von Infrastrukturen betrifft – bedingt durch den seit den 1960er Jahren politisch forcierten Infrastrukturausbau und die dadurch erreichte Annäherung der Lebensbedingungen, aber auch durch die Suburbanisierung in Folge zunehmender individueller Mobilität.

Der im Rahmen des demographischen Wandels zu beobachtende Rückgang der Einwohnerzahlen, die Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen und die fortschreitende Zersiedelung in ländlichen Regionen führen jedoch dazu, dass das ausgedehnte Infrastrukturnetz in seiner heutigen Form nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Misst man die Lebensbedingungen am Zugang zu Infrastrukturen, bedeutet ein Rückbau z. B. bei schulischen Einrichtungen oder bei der medizinischen Versorgung, dass sie sich in dünn besiedelten ländlichen Regionen mittelfristig verschlechtern werden.

Auch wenn durch neue räumliche und inhaltliche Organisationsformen Versorgungsmöglichkeiten weiterhin bestehen bleiben können, werden Politik, Raumordnung und Öffentlichkeit mittelfristig nicht um eine Neudiskussion der Grundlagen räumlicher Entwicklung herumkommen. In der am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Novellierung des Raumordnungsgesetzes wurde zwar die Bedeutung des Ausgleichsziels abgeschwächt und die Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung gesetzlich fixiert. An der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wurde jedoch festgehalten, was vor dem Hintergrund des demographischen Wandels nicht unproblematisch ist.

Literatur

- Acocella, Donato: Nahversorgung in der Fläche – wie lange noch? In: Die Zukunft der Kommunen in der Region. Mobilität – Versorgung – Kooperation. Hrsg.: Schröter, Frank. – Dortmund 2005. = RaumPlanung spezial 8, S. 51–60
- Back, Hans-Jürgen: Demographischer Wandel und Raumstrukturentwicklung – Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Regionen in Nordwestdeutschland. Neues Archiv f. Niedersachsen 2/2005, S. 85–94
- Becker, Heinrich: Dörfer heute – ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95. – Bonn 1997. = Schriftenreihe d. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bd. 307
- Böck-Friese, Annette: Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte. Inform. z. Raumentwicklung (2003) H. 12, S. 771–778
- Brunner, Otto: Das „ganze Haus“ und die alteuropäische Ökonomie. In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte. Hrsg.: Brunner, Otto. – Göttingen 1956

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR. Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, Ausgabe 2004. – Bonn 2005 (CD-ROM)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR. Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, Ausgabe 2005. – Bonn 2006 (CD-ROM)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: INKAR PRO-Raumordnungsprognose 2020. – Bonn 2003 (CD-ROM)
- Busch, Susanne: Strukturen der gesundheitlichen Versorgung – eine Bestandsaufnahme. In: Altern im ländlichen Raum. Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik. Hrsg.: Walter, Ulla; Altgeld, Thomas. – Frankfurt, New York 2000, S. 97–117
- Durkheim, Emile: The division of Labour in Society. – New York 1893
- Elff, Martin: Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten. Die Bedeutung der politischen Angebote und Appelle von Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Ländern. – Mannheim 2004
- Fickermann, Detlef; Schulzeck, Ursula; Weishaupt, Horst: Schule als Standortfaktor – die Schulversorgung. In: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6: Bildung und Kultur. Hrsg.: Leibniz-Institut für Länderkunde; Alois Mayr; Manfred Nutz. – Leipzig, S. 26–29
- Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar: Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels. In: Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Hrsg.: Birg, Herwig. – Münster 2005. = Wissenschaftliche Paperbacks, Bd. 29, S. 111–129
- Grammatikopoulou, Eleni: Planung, Methodik, Ländliche Räume. Fachliche Bearbeitung versus politische Entscheidung. Ein Beitrag zur Raumplanung. – Berlin 2004. = Edition Stadt und Region, Bd. 11
- Hainz, Michael: Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung. – Bonn 1999
- Heitkamp, Thorsten: Motivlagen der Stadt-Umland-Wanderung und Tendenzen der zukünftigen Wohnungsnachfrage. Inform. z. Raumentwickl. (2002) H. 3, S. 163–171
- Hermann, Michael; Leuthold, Heiri: Stadt-Land-Cleavages einer urbanisierten Gesellschaft. Arbeitspapier zum Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft 2002 in Fribourg
- Ipsen, Detlev: Stadt und Land – Metamorphosen einer Beziehung. In: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Hrsg.: Häußermann, Hartmut u. a. – Pfaffenweiler 1992, S. 117–156
- Irmen, Eleonore; Blach, Antonia: Typenländlicher Entwicklung in Deutschland und Europa. Inform. z. Raumentwickl. (1996) H. 11/12, S. 713–728
- Jojaentges, Andreas: Wohnen: Der zentrale dörfliche Entwicklungsfaktor. – Bonn 1996. = Schriftenreihe d. Forschungsges. für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bd. 305, S. 19–24
- Kluge, Ulrich: Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert. – München 2005. = Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 73
- Kocks, Martina (Proj.); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. – Bonn 2005. = Werkstatt: Praxis, H. 38 Bonn
- Köhler, Horst: Es gibt allen Grund zur Zuversicht. Ein Exklusiv-Beitrag zum Tag der Deutschen Einheit von Bundespräsident Horst Köhler. Schweriner Volkszeitung, 01.10.2005
- Kramer, Caroline; Nutz, Manfred: Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Bildungs- und Erziehungswesen. In: Demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6. Hrsg.: Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar. – Hannover 2006. = Forsch.- u. Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226, S. 192–220
- Krumrey, Henning; Markwort, Helmut: „Einmischen statt abwenden“. Interview mit Bundespräsident Horst Köhler. In: FOCUS, Heft 38 (2004), S. 20–26
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. Hrsg.: Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein. – New York 1967
- Meusburger, Peter: Bildungsgeographie. – Heidelberg, Berlin 1998
- Scheiner, Joachim: Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Verkehr. In: Demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6. Hrsg.: Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar – Hannover 2006. = Forsch.- u. Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226, S. 131–153
- Schlömer, Claus: Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. In: Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 4. – Hannover 2004. = Arbeitsmaterialien der ARL, Nr. 312
- Schrader, Achim: Agrargesellschaft. In: Klassische Gesellschaftsbegriffe in der Soziologie. Hrsg.: Kneer, Georg; Nassehi, Armin; Schroer, Markus. – München 2001, S. 13–54
- Segert, Astrid; Zierke, Irene: Regionale Ungleichheiten aus der Perspektive nachhaltiger Regionalentwicklung. Das Beispiel ländlicher Räume in Deutschland. – Potsdam 2005. = Brandenburgische Umwelt-Berichte 16
- Spiegel, Erika: Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmarkt – Zu den Perspektiven der Wohnungsversorgung in Baden-Württemberg. In: Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 3. Hrsg.: Spiegel, Erika. – Hannover 2004. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 310, S. 36–50
- Statistisches Bundesamt: Statistik regional. – Wiesbaden 2004
- Statistisches Bundesamt: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 3, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. – Wiesbaden 2005 (a)

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Allgemein bildende Schulen. Fachserie 11, Reihe 1. – Wiesbaden 2005 (b)

Stier, Bernhard: „Einheitliche Lebensverhältnisse“ – Verheißung für das Dorf? In: Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart. Hrsg.: Schraut, Sylvia; Stier, Bernhard. – Stuttgart 2001. = Veröff. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B, Bd. 147, S. 441–460

Walter, Ulla; Schwarz, Wilhelm: Gesundheit und gesundheitliche Versorgung der älteren Bevölkerung im ländlichen Raum. In: Altern im ländlichen Raum. Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik. Hrsg.: Walter, Ulla; Altgeld, Thomas. – Frankfurt, New York 2000, S. 77–96

Waltersbacher, Matthias: Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt. In: Demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 6. Hrsg.: Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar. – Hannover 2006. = Forsch.-u. Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226, S. 112–130

Weiß, Wolfgang: Der ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. Raumforsch. u. Raumordnung 60 (2002) H. 3–4, S. 248–254

Dipl.-Geogr. Ansgar Schmitz-Veltin
Universität Mannheim
Fak. Rechtswissenschaft u. Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie
Gebäude L7, 3-5
68131 Mannheim
E-Mail: schmitz-veltin@uni-mannheim.de